

Antrag A009: Den klima- und naturzerstörenden Autobahnneubau stoppen und den Fernstraßen-Bedarfsplan 2021 neu ausrichten [neue Version Antragsstellende]

Laufende Nummer: 9

| | | | |
|-----------------------------|------------------|------------|-----|
| Antragsteller/in: | BAK Verkehr | | |
| Status: | angenommen | | |
| Sachgebiet: | A - Antrag | | |
| Abstimmungsergebnis: | Ja: | (98.400 %) | 123 |
| | Nein: | (0.800 %) | 1 |
| | Enthaltung: | (0.800 %) | 1 |
| | Gültige Stimmen: | | 125 |

Der BUND fordert den Stopp der 850 Kilometer Autobahnneubau und unnötiger, überteuerter, klima- und umweltschädlicher Autobahn- und Bundesstraßenbauten, die im Bundesfernstraßenbaugesetz enthalten sind, weil im Zuge der Gesetzgebung die rechtlich erforderliche Prüfung vernünftigerer, kostengünstigerer Vorhabenalternativen unterblieben ist.

Der Bundesverband entwickelt eine Lobby- und eine Kommunikationsstrategie, um eine grundlegende Neuausrichtung des Fernstraßenbedarfsplans zu erreichen und macht die straßenbaupolitische Wende bei den Bundesfernstraßen zu einem zentralen Kriterium für den Koalitionsvertrag 2021.

Der BUND setzt sich für eine grundlegende Neuausrichtung des Fernstraßenbedarfsplans (formal: Anlage zum 6. Gesetz des Fernstraßenbaugesetzes, FStrAbÄndG v. 23.12.2016) ein, welcher 2021 regulär überarbeitet bzw. "fortgeschrieben" werden muss. Alle Verkehrsinfrastrukturprojekte des Bundes müssen konsequent auf die Einhaltung der Klimaschutz-, Naturschutz- und Flächenbegrenzungsvorgaben ausgerichtet werden.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, sich bei den verantwortlichen Amts- und Mandatsträgern des Bundes für eine deutliche Rückführung der Baumittel für den Bau von Bundesfernstraßen einzusetzen. Die eingesparten Mittel sollen für Maßnahmen zum Ausbau der klimaschonenden Mobilität verwendet werden.

Begründung

Der **Dannenröder Forst** ist in sehr großer Gefahr. Der rund 250 Jahre alte, gesunde Laubmischwald in Hessen versorgt gemeinsam mit dem Herrenwald eine halbe Million Menschen mit sauberem Trinkwasser. Ab 1. Oktober soll er teilweise gerodet werden für den Weiterbau der Autobahn 49, für die es sinnvollere Alternativen gibt. Der Wald, der ein herausragendes Beispiel für nachhaltige Forstwirtschaft ist, soll durchschnitten werden mit verheerenden und nicht wiedergutzumachenden Folgen für das gesamte Ökosystem.

Der Dannenröder Forst ist aber nur ein Beispiel für die Folgen der verfehlten Infrastrukturplanung in Deutschland: Die Umsetzung des 6. FStrAbÄndG bedeutet den Neubau von 850 km Autobahnen sowie den Aus- und Neubau von 2.000 km Autobahn ohne echte Bedarfsbegründung und ohne

vorgeschlagene Alternativen zu prüfen. Die EU-rechtlich notwendige Strategische Umweltprüfung (SUP) bei der Gesetzgebung wurde unterlassen.

Der BVWP und der Bedarfsplan verfehlen die eigenen expliziten Ziele, die Treibhausgase, Schadstoffemissionen und den Lärm zu mindern, den Flächenverbrauch zu begrenzen. Der Umweltbericht von 2016 zum Bundesverkehrswegeplan, BVWP, 2030, der Grundlage des Bedarfsplans war, belegt: Dessen insgesamt 1.360 Fernstraßenprojekte (Bundesstraßen und Bundesautobahnen) beeinträchtigen 200 Natura 2000-Gebiete erheblich, durchschneiden 1.000 km schützenswerter großer Lebensräume (Wälder, Feucht- und Trockengebiete), beanspruchen 22.000 ha Fläche.

Weil dieser Plan nicht anstrebt, Verkehr auf Schiene und Schiff zu verlagern, sondern den Verkehrsanteil des Straßengüterverkehrs sowie der Personenverkehrsanteile von Straßen- und Luftverkehr auszuweiten, widerspricht er den gesetzlich fixierten Klimaschutzzielen der Bundesregierung, den CO₂-Ausstoß im Verkehr bis 2030 um 42% zu reduzieren.